



ippnw
Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e. V.



»Wir setzen uns für eine friedliche,
atomtechnologiefreie und
menschwürdige Welt ein.«

Sehr geehrter Herr Bundesminister für Gesundheit Prof. Dr. Lauterbach,
sehr geehrte Frau Vorsitzende des Gesundheitsausschusses Dr. Kapper-Gonther,
sehr geehrte Mitglieder des Gesundheitsausschusses,

Anfang Januar haben sich 60 Ärztinnen und Ärzte der Kölner Uniklinik und umliegender Krankenhäuser auf Initiative der IPPNW-Regionalgruppe Köln in einem Brief an Kölner Bundestagsabgeordnete zur Situation in Gaza gewendet (siehe Anhang).

Anlässlich der unhaltbaren Situation in Gaza und der am 21.03.24 anstehenden ‚Aktuelle Stunde‘ im Bundestag zur „Lage in Israel und den Palästinensischen Gebieten“, wenden wir uns an Sie:

Eine menschenwürdige medizinische Mindestversorgung ist dort in keiner Weise gewährleistet:

- Amputationen und Kaiserschnittentbindungen finden ohne Narkose statt
- fehlende Betreuung von Schwangerschaften
- keinerlei adäquate Versorgung von Früh- und Neugeborenen
- keine Versorgung der Hunderttausenden von Verletzten und chronisch Erkrankten
- fehlende Medikamente und Wundversorgungsmaterial

Diese Liste ist nur ein Auszug an Berichten und ließe sich noch weiter fortführen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort stehen vor dem unvorstellbaren Dilemma in Zeiten von hochtechnologisierter Medizin noch nicht einmal grundlegende medizinische Versorgung gewährleisten zu können.

Ärzte Ohne Grenzen schreiben:

„Eine medizinische Versorgung ist im Gazastreifen praktisch unmöglich geworden, da medizinische Einrichtungen nicht vor militärischen Angriffen sicher sind.“

Doch damit nicht genug, sie riskieren ihr eigenes Leben. Wir sind erschüttert, dass Angehörige von *Ärzte ohne Grenzen* während eines israelischen Angriffs auf ein deutlich gekennzeichnetes Gebäude getötet wurden.

Human rights watch (HRW) beklagt am 26.02.24:

„Seit der Anordnung des IGH haben die israelischen Behörden offenbar auch die Büros von mindestens zwei humanitären Organisationen in Gaza zerstört und Schritte unternommen, um die Arbeit des UNRWA zu untergraben, dem größten Anbieter humanitärer Hilfe in Gaza, auf den sich mehr als die Hälfte anderer humanitärer Organisationen verlassen, um ihre Operationen zu erleichtern.“

Deshalb fordern wir sie auf:

- Keine Genehmigungen und keine weiteren Waffenlieferung an Israel
- Unterstützung der Forderung der großen Mehrheit im UN-Sicherheitsrat nach einem sofortigen Waffenstillstand

Die dringlichste aktuelle Aufgabe ist unseres Erachtens:

- Die Wiederaufnahme der Finanzierung von UNRWA, dem wichtigsten Anbieter humanitärer Hilfe in Gaza, wie dies auch Länder wie Kanada, Australien und Schweden auch kürzlich getan haben. UNRWA ist die einzige Hilfsorganisation, die adäquate medizinische Strukturen und die Verteilung von Hilfsgütern organisieren kann.
- Eine umgehende Wiederherstellung der Hilfslieferungen über den Landweg zur Sicherstellung medizinischer Versorgung.

Wir bitten Sie dringend sich für dieses Anliegen mit aller Vehemenz einzusetzen.

Für die IPPNW-Regionalgruppe Köln

Köln, den 19.03.24



Kontakt:

Dr. med. Uwe Trieschmann, Bitburger Str. 8, 50935 Köln

Tel +49 163 2568041, Email: uwe.trieschmann@mailbox.org